Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 80 Pfg., bei lokalen Anzeigen 60 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 121 — Freitag, den 27. Mai 1921 — 49. Jahrg[illegible]

Neue Kämpfe in Oberschlesien.

(TU) Seit Donnerstag morgen gegen drei Uhr sind bei Malapana, Raschi und Großstein wieder Kämpfe im Gange. Großstein wurde verschiedentlich mit polnischem Artilleriefeuer belegt. Auf deutscher Seite wird von diesem Kampfmittel zwecks Schonung der, hoffentlich in kurzer Zeit Deutschland gehörenden, Städte und Ortschaften kein Gebrauch gemacht. Heftige Angriffe richten sich erneut gegen Piasetzna und Baret. Ohne Zweifel haben sich die Aufständischen nördlich von Rosenberg verstärkt. Bei Schankowitsch wurden zwei polnische 10,5 Ztm.-Geschütze festgestellt, die Radau und Lemke ständig unter Feuer hielten. Aus verschiedenen Orten werden gleichlautende Taten der Aufständischen gemeldet. In Sackau und Torawa wurden die beiden Töchter des Hauptmanns J. vergewaltigt. Mit dem Eintreffen der englischen Truppen, für die in Oppeln 2500 Betten angefordert sind, wird eine endgültige Besserung der Lage erhofft. Bei Schulenburg verstärken sich die Franzosen.

Zwischen Zamm und Rosenberg versuchten die Polen aus dem Walde auf Albrechtsdorf vorzustoßen. Sie wurden aber von deutschem Selbstschutz zurückgetrieben. Es liegen Nachrichten vor, daß starke Banden bei Groß-Strehlitz sich vereinigt haben. Es hat den Anschein, daß sie einen großen Angriff versuchen werden, bevor die englischen Truppen eintreffen. Starke polnische Angriffe auf Landsberg wurden abgeschlagen. Kämpfe bei Malapana und Reschau und um den Bahnhof von Groß-Stein wurden abgewiesen. Bei Zembowitz ist polnische Artillerie aufgetreten. Ratibor ist bedroht. Die Aufständischen stehen unmittelbar am Wilhelmsplatz und haben dort nicht nur Maschinengewehre, sondern auch Geschütze aufgefahren.

Polnische Insurgenten behindern die Lebensmittelverteilung.

Wie dem sozialistischen Kattowitzer Volkswille gemeldet wird, verhindern die Insurgenten die Verteilung der eingetroffenen Lebensmittel. Wasser und Milch werden nur unter Vorzeigung eines polnischen Verbandsmitgliedsbuches an die Arbeiterfamilien abgegeben.

Lloyd George und die Drohpolitik.

(TU) Lloyd George soll dem früheren Botschafter Lord Derby eingehend dargelegt haben, daß die polnische Aktion in Oberschlesien und die ständige Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebietes eine Gefahr für Europa bilde. Es wäre zu seiner Kenntnis gekommen, daß von [illegible] kommunistischer Seite den [illegible]stellen im Rheingebiet verschiedentlich eine solche Besetzung nahe gelegt worden sei, weil sie von der daraus entstehenden wirtschaftlichen Not eine Beschleunigung der bolschewistischen Bewegung in Deutschland erwarten. England habe den Argwohn, daß in Polen nicht nur national polnische, sondern auch bolschewistische Umtriebe im Gange seien. Frankreich unterschätze die bolschewistische Gefahr für Europa und daraus wären auch die Fehler der jetzigen französischen Politik zu erklären.

Auch irische Bataillone nach Oberschlesien.

Das Kriegsamt in London teilt mit, daß das erste der 4 englischen Bataillone, die vom Rhein nach Oberschlesien kommen, Köln Freitag nacht verlassen wird. Außer den 4 Bataillonen werden noch 2 Bataillone irischer Regimenter, die jetzt in England sind, nach Oberschlesien gehen, sodaß sich schließlich dort 6 englische Bataillone befinden werden.

Eine neue Oppelner Kommission?

Von glaubwürdiger Seite wird versichert, daß demnächst eine Aenderung innerhalb der Interalliierten Kommission in Oberschlesien vorgenommen werden wird. Dem Militär soll die Leitung abgenommen werden. Die beteiligten Regierungen beabsichtigen, je drei Mitglieder für eine neue Kommission zu ernennen, die die Verwaltung des Landes übernehmen und denen auch die Aufgabe zufallen soll, neue Vorarbeiten für die Grenzfestsetzung vorzunehmen. England, Italien und Frankreich sollen in diese Kommission entsenden je einen Diplomaten, einen Juristen und einen Sachverständigen. Es ist nicht bekannt geworden, ob infolge dieser Aenderung auch der deutschen Regierung vorgeschlagen werden soll, eine ähnliche Kommission zu ernennen, die in Gemeinschaft mit der Interalliierten Kommission in Oppeln arbeiten soll.

Die „Köln. Ztg." bemerkt hierzu: Trifft diese Meldung unsers Pariser Berichterstatters zu, so hat man in Deutschland alle Ursache, mißtrauisch zu werden. Es ist in der Presse der Verbandsländer in letzter Zeit wiederholt betont worden, der englische und der italienische Vertreter in der Interalliierten Kommission für Oberschlesien wollten nicht von ihrer Ansicht weichen, daß nach dem Abstimmungsergebnis überhaupt nur die Zuweisung der Kreise Rybnik und Pleß an Polen in Frage komme. Man scheint also nunmehr diese Herren durch andere ersetzen zu wollen, die eine den Polen genehmere Lösung zu finden bereit sind, Deutschland kann demgegenüber nur immer wieder darauf hinweisen, daß für uns nur der Versailler Vertrag und das uns günstige Abstimmungsergebnis in Frage kommen und nicht politische Erwägungen oder französisch-polnische Bindungen. Deutschland hat ein Recht, jede Lösung der Frage abzulehnen, die nach jenem Abstimmungsergebnis nicht mit dem Versailler Vertrag vereinbar ist.

Ein Kompromiß auf Deutschlands Kosten?

Die oberschlesische Frage scheint nun in ein Stadium geführt worden zu sein, von dem man sagen kann: die Kompromißleute sind an der Arbeit und suchen einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt. Graf Sforza soll derjenige sein, der sich seit einigen Tagen ernstlich darum bemüht, die Grundlage für eine Verständigung zu finden. Er steht in fortgesetztem Meinungsaustausch zwischen den Ministerien in Paris und London, und man glaubt, daß er eine Teilung des oberschlesischen Industriegebietes vorschlage.

Die Chicago Tribune setzt ihre Veröffentlichung über die Pläne, aus Oberschlesien einen unabhängigen Staat zu machen, fort. Sie behauptet, daß bereits bestimmte Pläne ausgearbeitet worden seien. Das Gebiet soll von einer Interalliierten Kommission unter Zuziehung von deutschen und polnischen Mitgliedern verwaltet werden. Das Gebiet soll für 30 Jahre unter die neue Verwaltung kommen, und nach diesem Zeitabschnitt soll die Volksabstimmung wiederholt werden. Man kann nicht feststellen, ob es sich bei dieser Veröffentlichung etwa nur um einen Fühler handelt, der von französischer Seite ausgestreckt wird, um zunächst einmal abzuwarten, wie die deutschen politischen Kreise über eine derartige Lösung denken. Hoffentlich wird man deutscherseits nicht verfehlen, einen derartigen Plan in dieser Form energisch abzulehnen.

Vertrauensvotum für Briand.

(W) Die gestrige Kammersitzung beginnt unter wesentlich geringerer Teilnahme des Publikums als die vorangegangenen. In Fortsetzung der Interpellationsdebatte ergreift zuerst der Abg. Loren das Wort, um das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien durchzusprechen, die er als von Deutschland gefälscht bezeichnet. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellt Loren die Frage, ob man jetzt in Berlin mit einer vorübergehenden Regierung zu tun habe. (Briand ruft dazwischen: Das kann überall vorkommen, selbst in Frankreich. Beifall.) Loren setzt seine Betrachtungen über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien fort. Briand unterbricht den Redner und erinnert daran, wie die schweren Unruhen in Oberschlesien entstanden sind, insbesondere dadurch, daß gewisse deutsche Hoffnungen ermutigt wurden, während die Polen entmutigt, sich erhoben hätten. Was die wirtschaftliche Frage anbetreffe, so gebe es Sorgen, von denen man sprechen müsse, ohne die Empfindlichkeit der Polen zu verletzen. Das Industriegebiet arbeite für die ganze Welt. Aus diesem Grunde bestimme auch der Friedensvertrag, daß auf die wirtschaftliche Notwendigkeit Rücksicht genommen werden müsse. In diesen Ländern, die Polen nicht ungünstig gesinnt seien, wolle man verhindern, daß unerfahrene Leute die deutsche Industrie vernichten. Die industrielle Durchdringung sei so, daß diese Befürchtungen berechtigt seien. Nun bleibe noch die Interpretierung der Abstimmungsziffer nach Kommunen, sowie eine geographische Gruppierung unter Berücksichtigung der Volkswirtschaft. Der französische Standpunkt sei, daß die reichen Minengebiete Polen zugesprochen würden. Wenn die Bevölkerung sich für Deutschland ausgesprochen hätte, dann würden die Franzosen sich dem Votum fügen. Aber die Bevölkerung habe sich für Polen ausgesprochen. Schließlich erklärt Briand, ernste Schwierigkeiten seien in Oberschlesien in dem Augenblick entstanden, in dem Deutschland sich hätte berechtigt glauben können, ein Heer nach Oberschlesien zu senden, um die Ordnung wiederherzustellen. In diesem Augenblick habe er Deutschland wissen lassen, wenn es eine solche Operation unternehmen würde, es die verhängnisvollsten Konsequenzen entfesseln würde. Deutschland habe vollkommen verstanden und seit gestern hätten sich Detachements organisiert, um die unbotmäßigen Alldeutschen zu umzingeln. Die französische Waffengewalt am Rhein habe es gestattet, Befriedigung zu erzielen. Die Wacht am Rhein solle nicht geschwächt werden. Wenn nötig, werde sie angewendet werden. (Beifall.)

In der Debatte fragt der frühere Finanzminister Abg. Klotz Briand, ob er nicht glaube, daß man England genug Konzessionen gemacht habe. Briand ruft dazwischen,: Unsere Alliierten haben ebensoviel getan und vielleicht mehr als wir. Klotz wirft der Regierung vor, daß sie nicht zur gegebenen Stunde Deutschland begreiflich gemacht habe, daß Frankreich entschlossen sei, dem Friedensvertrag Respekt zu verschaffen. Nach dem Abkommen von London müsse Frankreich, um zu Zahlungen zu gelangen, Lieferungen entgegennehmen, und den Wiederaufbau gestatten. Klotz fragt Briand, ob es falsch sei, daß die englische Hochfinanz gegen die Besetzung des Ruhrgebiets gewesen sei. (Beifall.) Briand ruft: Arbeiten Sie doch nicht mit solchen Argumenten. Klotz kritisiert weiter die finanziellen Klauseln und greift die internationale Hochfinanz an. Er stelle fest, daß die Regierung wegen der Nichtbezahlung der 12 Milliarden Goldmark keine Sanktionen ergriffen hat. Die Regierung habe sogar das getan, was sie nicht hätte tun dürfen. Sie habe diese Summe zu der großen Schuld geschlagen. Das sei eine Abänderung des Friedensvertrages, die ohne Zustimmung des Parlaments die Staatsfinanzen beeinträchtige. Warum habe man nicht die Sanktionen spielen lassen? — Briand findet es stark, daß ihm Klotz Vorwürfe mache wegen der mittelmäßigen Ergebnisse des Vertrages über den er (Klotz) verhandelt habe. Es werde gesagt, man hätte die 12 Milliarden nicht im Rest der Forderung aufgehen lassen müssen. Die Reparationskommission aber habe auf Grund des Artikels 234 geglaubt — und zwar einstimmig — daß sie die gesamte Schuld festsetzen könne, sie habe gedacht, daß die Regierung Ruhe haben müsse, um ordnungsmäßige Arbeit verrichten zu können. (Beifall links und in der Mitte, Widerspruch rechts. Von rechts wird gerufen, die Linke applaudiert ja.) Briand fährt fort: Die Kammer muß wählen zwischen der These von Klotz und der meinigen. Ich halte die Entscheidung der Reparationskommission für gut und dem Wortlaut des Vertrages entsprechend. Die Regierung hat über ihr Handeln Rechenschaft abgelegt, das gerade und gemäßigt gewesen sei, im Einverständnis mit den Alliierten, und ohne ein wesentliches Interesse Frankreichs gefährdet zu haben. Ich nehme die Lage wie sie ist, und ich finde sie gut, um dem Lande Vertrauen einzuflößen. Wenn morgen andere kommen, die eine andere Politik machen als die meinige, eine kühnere Politik, und die Regierung ihnen den Platz räumen muß, dann sagen sie es frei heraus. Enthalten darf sich niemand, denn wer sich enthält, ist gegen die Regierung. Die Vertreter des Landes müssen Ja oder Nein sagen. (Stürmischer Beifall.)

Nach Schluß der Debatte werden 12 Tagesordnungen eingebracht. Briand nimmt eine Tagesordnung Arago an, und stimmt über sie in zwei Teilen ab. Der erste Teil, der das von Deutschland angenommene Ultimatum als das Minimum der unerläßlichen Garantien für die Sicherheit und die Wiedererhebung Frankreichs betrachtet, wurde mit 403 gegen 163 Stimmen angenommen. Der zweite Teil der Tagesordnung, der der Regierung das Vertrauen ausspricht und der zur Durchführung der Entwaffnung und der vollständigen Bezahlung, mit sofortiger Anwendung der Sanktionen im Notfalle das Recht gibt, wird mit 390 gegen 162 Stimmen angenommen. Die Tagesordnung Arago wird in ihrer Gesamtheit mit 419 gegen 171 Stimmen angenommen.

Der Reichskanzler über Briands Oberschlesienrede.

Ein Mitarbeiter der Deutschen Allg. Ztg. hat den Donnerstag in Freiburg weilenden Reichskanzler Dr. Wirth um eine Erklärung zu dem Oberschlesien betreffenden Teil der Rede des französischen Ministerpräsidenten. Der Reichskanzler erklärte etwa folgendes: Ich erkenne gern an, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten auf einen maßvollen Ton gestimmt sei. In der Sache selbst geht aber Briand in der Begründung des polnischen und von Frankreich unterstützten Anspruchs von Voraussetzungen aus, denen die Tatsachen widersprechen. Ein historischer Anspruch der Polen auf Oberschlesien besteht nicht, denn Oberschlesien ist nicht, wie Herr Briand meint, vor 600 Jahren an Deutschland gekommen, sondern ist vor 900 Jahren gewaltsam von den Polen erobert und 100 Jahre später, also vor 700 Jahren, hat es sich infolge des Verzichts des Großherzogs Wladislaus Laskonogi, also auf friedlichem Wege von Polen getrennt. Wenn die Polen, wie Herr Briand behauptet, zurzeit der Pariser Verhandlungen 1919 starke Gründe für den Glauben hatten, daß die Abstimmung zu ihren Gunsten ausfallen würde, so fußten diese Gründe weder auf den früheren mittelalterlichen Vorgängen, noch auf der jüngsten Vergangenheit. Schon bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Kriege hatten die Polen in Oberschlesien kaum 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Vielleicht haben die Polen aus diesem Grunde bei den Verhandlungen von 1919 ausdrücklich das Abstimmungsrecht der Emigranten verlangt, weil sie hofften, dadurch die Stimmenmehrheit zu erhalten. Die Polen haben historisch keinen Anspruch auf Oberschlesien; sie haben auch nach dem Abstimmungsergebnis keinen Anspruch auf Oberschlesien; denn die deutsche Mehrheit, die fast eine Viertelmillion Stimmen beträgt, läßt sich nicht fortdiskutieren. Sie haben moralisch keinen Anspruch, da sie mit dem Aufstand die Gewalt an die Stelle des Rechts zu setzen versuchten; sie haben wirtschaftlich keinen Anspruch, weil die oberschlesische Industrie von den Deutschen geschaffen ist und weil nach dem Urteil der berufensten deutschen Fachmänner die Polen diese blühende Industrie nicht zu erhalten, geschweige denn weiter zu entwickeln vermöchten.

Das erste Urteil in den Kriegsbeschuldigtenprozessen.

(TU) Im ersten Kriegsbeschuldigtenprozeß verurteilte das Reichsgericht den Angeklagten Karl Heynen aus Barmen wegen Beleidigung Untergebener in 15 und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in 13 Fällen zu 10 Monaten Gefängnis.

Die Strafzumessung und Verkündigung des Urteils im Prozeß gegen den Angeklagten Heynen fand unter den anwesenden englischen Gerichtspersonen und Journalisten eine durchweg günstige Aufnahme. Viele hatten eine mildere Strafe erwartet. Ernest Pollok, der englische Oberstaatsanwalt, äußerte zu seiner Umgebung, er freue sich, aus dem Munde des deutschen Vorsitzenden zu hören, daß er anerkannt habe, daß derartige Handlungen wie die des Angeklagten den Ruf der deutschen Armee schädigten und des hohen Rufes dieser Armee nicht würdig seien.

Im englischen Unterhause wurde gestern die Mitteilung von der Verurteilung Heynens zu 10 Monaten Gefängnis als eine Schande bezeichnet, und ein Mitglied fragte, ob das Unterhaus Gelegenheit haben werde, sich über das unangemessene Urteil zu äußern.

Der 2. Prozeß.

(TU) Unmittelbar nach der Verkündigung des Urteils in dem Kriegsbeschuldigtenprozeß, schloß sich der zweite an. Er richtete sich gegen den Hauptmann der Landwehr Rechtsanwalt Emil Müller aus Karlsruhe in Baden wegen Gefangenenmißhandlung. Nach Aufruf der 20 englischen Zeugen, die zuerst vernommen werden sollen, stellt der Verteidiger den Antrag, noch einen Zeugen zuzulassen. Senatspräsident Schmidt erwidert: Dazu hätte der Angeklagte Zeit genug gehabt. Der Angeklagte sagt, er habe den Namen erst kurz vor den Verhandlungen erfahren. Der Angeklagte war von Anfang April bis Mai 1918 Kommandant des englischen Gefangenenlagers Fleute de Martel. Der Präsident hält dem Angeklagten vor, daß aus den Akten zu ersehen ist, daß sich im Lager Vorgänge ereignet haben, die als furchtbar bezeichnet werden können. Nach dem Eröffnungsbeschluß wird dem Angeklagten zur Last gelegt, daß er von April bis Mai 1918 vorsätzlich englische Kriegsgefangene gestoßen, geschlagen oder auf andere Weise mißhandelt habe. Auch wird der Angeklagte beschuldigt, einem Diphtheritiskranken mit Gewalt den Mund aufgerissen zu haben. Der Angeklagte gibt sodann ein Bild von den mangelhaften Verhältnissen und den unzureichenden sanitären Vorkehrungen im Lager. Der Angeklagte schildert dann die Arbeitsverhältnisse der Gefangenen, viele hätten sich krank gemeldet. Präsident: Sie sollen in das Grab eines eben Beerdigten hineingesprungen sein, um einige lumpige Decken, in die er eingewickelt war, zu rauben. Die Gefangenen sollen doch mit militärischen Ehren bestattet werden. Angeklagter: Ich weiß nicht, wie die Leute dazu kommen, das zu behaupten. — Präsident: Ich begreife nicht, wie man vor der Majestät des Todes so wenig Ehrfurcht haben kann und wie man hohnlächelnd, wie Ihnen auch zur Last gelegt wird, an Kranken vorbeigehen kann. — Angekl.: Der einzige Mann, der gestorben war, ist auf dem Friedhof beerdigt worden. Er hat auch von den Deutschen einen Kranz bekommen. Ein Sarg war nicht zu beschaffen. Mir ist nur der eine Todesfall bekannt. Es ist möglich, daß sich der Vorfall, der mir vorgeworfen wird, in einem benachbarten Lager zugetragen hat. Der Präsident hält dem Angeklagten mehrere Fälle von Mißhandlungen vor, in denen er Gefangene mit der Reitpeitsche geschlagen haben soll. Der Angeklagte erklärt, auf das bestimmteste, nie einen Reitstock oder eine Reitpeitsche getragen zu haben. Präsident: Sie sollen ganz furchtbar geschimpft haben. Angeklagter: Ich habe nicht geschimpft. Auf Disziplin habe ich halten müssen. Die englischen Gefangenen hätten ihre eigenen Vorgesetzten bedroht und er habe sich das nicht bieten lassen dürfen, daß ihm die Engländer den Gehorsam verweigerten. Alsdann wird als erster Zeuge der Engländer Higgins Bolten vernommen, der Dolmetscher im Lager des Angeklagten war. Er sagte aus, er habe gleich bei seiner Ankunft eine gewisse Unruhe bemerkt und nicht jeder habe seine Lagerstätte gehabt, und die sanitären Verhältnisse ließen viel zu wünschen übrig. In den ersten Wochen wären täglich durchschnittlich zwei Mann gestorben. Die ersten wurden mit Sarg, die anderen ohne Sarg begraben. Die Leichen wurden mit einem Sack zugedeckt. Der Angeklagte erwiderte, er könne sich nur eines Todesfalles erinnern. Er habe auch die Unteroffiziere angewiesen, die Gefangenen anständig zu behandeln. Es werden dann die Protokolle der vor dem Londoner Polizeigericht vernommenen englischen Zeugen, die nicht in Leipzig erschienen sind, verlesen.

Ein belgischer Prozeß gegen Rathenau.

(TU) Nach einer Meldung des „Petit Journal" aus Brüssel werden gegenwärtig in Lüttich die Vorbereitungen zu einem Prozeß gegen Walter Rathenau, der beschuldigt wird, der Organisator der systematischen Zerstörungen belgischer Fabriken gewesen zu sein, getroffen. Das Lütticher Gericht hat bereits die Gebrüder Landmeyer zum Tode verurteilt für die Ausführung der ihnen von Rathenau erteilten Befehle im Lütticher Industriebezirk, der für mehr als 100 Millionen Franken Zerstörungen in verschiedenen Fabriken angeordnet haben soll.

Tagesereignisse.

— **(Der Reichspräsident erkrankt.)** Der Reichspräsident hat sich gestern zu einem dreiwöchigen Kuraufenthalt nach Bad Mergentheim nach Württemberg begeben, da er vor kurzem plötzlich von einem schweren Leiden befallen worden ist, von dem er durch den Kurgebrauch Heilung erhofft.

— **(Gegen die Erhöhung der Eisenbahn-Fahrpreise.)** Das bayrische Ministerium für soziale Fürsorge hat an das Reichsverkehrsministerium in Berlin eine Vorstellung gerichtet, welche die geplante weitere Erhöhung der Fahrpreise im Eisenbahnverkehr als eine geradezu unerträgliche Belastung der Vorortsbewohner mißbilligt u. unter Hinweis auf die Wohnungsnot und die Siedlungstätigkeit vor aller Tarifpolitik warnt, die nicht zu einer Gesundung der Wohnungsverhältnisse und damit des Wirtschaftslebens kommen läßt.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 27. Mai. **(Verschiedenes.)** Vom 1. Juni an erhöhen sich die Gebühren für Pakete nach Luxemburg. Einschreibpakete sind von diesem Tage an nach Luxemburg nicht mehr zugelassen. Bei Paketen mit Wertangabe nach Luxemburg ist der Wertbetrag fortan in Frankenwährung anzugeben. Ueber alles weitere erteilen die Postanstalten Auskunft.

Auf den Spielabend, der heute abend bei Kümper stattfindet und an dem alle möglichen Spiele vorgeführt, erläutert und gespielt werden, weisen wir nochmals empfehlend hin. Die bereits gestern angekündigten weiteren Spiele sind eingetroffen, sodaß der Spielabend an Vielseitigkeit nichts zu wünschen übrig lassen wird.

(Sonderzüge aus Anlaß des Sauerländischen Gebirgsfestes in Iserlohn.) Die Eisenbahndirektion Elberfeld teilt uns mit, daß am Samstag, den 28. Mai, abends 11.40 Uhr ab Westbahnhof Iserlohn ein Sonderzug 1352 bis Letmathe fährt und auch an der Dechenhöhle hält. In Letmathe wird damit Anschluß an die Züge ab 12.08 Uhr in Richtung Altena—Zimmentrop und ab 12.13 Uhr in Richtung Hagen erreicht. Weiter läßt die Eisenbahn am Sonntag, den 29. Mai abends den Personenzug 1339 ab Westbahnhof Iserlohn 10.06 Uhr, der sonst nur bis Fröndenberg fährt, bis Unna durchlaufen, sodaß dieser 11.32 Uhr dort eintrifft, endlich den Personenzug 899 ab Westbahnhof Iserlohn 11.08 Uhr, der sonst nur bis Schwerte läuft, bis Dortmund durchfahren, und zwar mit Anhalten in Aplerbeck-Süd und Hörde und Eintreffen in Dortmund nach 12¼ Uhr mittags. Die Züge stehen natürlich jedermann zur Verfügung; durch sie wird eine wesentliche Verkehrsverbesserung im allgemeinen erzielt. Die mit dem Gebirgsfest verbundene Ausstellung „Kunst und Künstler des Sauerlandes" wird am 29. Mai in Iserlohn geschlossen.

(Kriegsgräberfürsorge.) Vom Reichsministerium des Innern ergeht folgende Mitteilung: Die Ausübung der zwischen den Regierungen des In- und Auslandes vertraglich geregelten oder noch zu regelnden Kriegergräberangelegenheiten und der amtlichen Gräberfürsorge im Reichsgebiet ist Sache des kürzlich aus der Dorotheenstraße 48 in Berlin nach der Schmidt-Knobelsdorff-Straße in Spandau verlegten Zentralnachweiseamtes. Neben anderen wichtigen Aufgaben hat dieses Amt den Nachweis über die genaue Lage aller Kriegsgräber im Gebiet des Deutschen Reiches und der deutschen Kriegsgräber im Auslande zu führen, die Umbettungsfragen und den Gräberbesuch zu regeln, sowie Auskunft über alle die Kriegergräber betreffenden Fragen zu geben. Außerdem obliegt dem Zentralnachweiseamt die einheitliche Regelung einer einfachen und würdigen Herrichtung und Pflege aller Kriegergräber im Gebiet des Deutschen Reiches und der deutschen Kriegergräber in den Gebieten der fremden Länder, mit deren Regierungen noch keine vertragliche Regelung getroffen ist. In den Gebieten der Länder, deren Regierungen sich in dem Friedensvertrag verpflichtet haben, die Kriegsgräber instand zu halten, nimmt das Zentralnachweiseamt die deutschen Interessen auf diesem Gebiet im Zusammenarbeiten mit den entsprechenden Organen dieser Länder und künftig auch durch Besichtigung der Begräbnisstätten im Auslande wahr. Diese von in- und ausländischen Behörden ausgeübte amtliche Tätigkeit ist naturgemäß nicht imstande, die Fürsorge ganz zu leisten, die dem Gefühl des Volkes für seine Toten entspricht. Aus diesem Empfinden heraus hat sich seinerzeit der „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V." gebildet als die einzige von den beteiligten Reichs- und Staatsbehörden für das Gebiet der Kriegsgräberfürsorge anerkannte Organisation. Er hat seinen Hauptsitz in Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 17, und ist bereits in zahlreichen Verbänden und Ortsgruppen über das ganze Deutsche Reich verbreitet.

(Was kostet heute ein Neubau?) Der Mannheimer Stadtbaurat Perrey behandelt im Heft 1 des „Profanbau" (Verlag J. J. Arnd, Leipzig) die sehr zeitgemäße Frage, was heute ein Neubau kostet auf Grund eines allgemein in langer Praxis und des im besonderen seit 1917 gesammelten Materials, zu welchem Zeitpunkt die Steigerung der Preise aller Bauarbeiten begann. Die sprunghaft gewaltige Steigerung aller Neubaukosten ist aus dieser Arbeit zahlenmäßig genau zu ersehen. Die 32 Titel eines normalen Kostenanschlages sind jeder für sich getrennt behandelt und bei jedem einzelnen ist die Kostensteigerung durch Löhne, Material und bei der fertiggestellten Arbeit dargelegt. Am Schluß ist in Tabellen das ganze Zahlenmaterial übersichtlich geordnet. Es geht daraus hervor, daß der Stundenlohn eines Bauarbeiters im Jahre 1914 0,665 Mark betrug und im Jahre 1920 das Zehnfache, nämlich 6,43 Mark. Aus einer anderen Tabelle ersieht man, daß die fertige Arbeit in noch viel höherem Maße teurer geworden ist. Ein Bauwerk, das im Jahre 1914 eine Million Mark gekostet hätte, kostete im Jahre 1917 das zweifache, im Jahre 1918 das dreieinviertelfache, im Jahre 1919 das sechseinhalbfache und im Jahre 1920 das siebzehnfache, ja in Berlin gar das zwanzigfache. Das Material wird allen Fachleuten willkommen sein, sowohl denen, die ihren Bauherren wegen der bedeutenden Ueberschreitungen der genehmigten Mittel Rechenschaft geben müssen und endlich denen, die sich etwa mit der kühnen Idee eines Neubaues tragen.

(Vorsicht auf Bahnhöfen.) Die Meldungen von Diebstählen auf Bahnhöfen, die Umhängetaschen und Handtaschen und in der Hand oder in Ueberziehertaschen getragenen Portemonnaies gelten, raten allen Reisenden zur Vorsicht. Denn es kommt nicht selten vor, daß den Langfingern mit dem Reisegelde auch die Fahrkarte in die Hände fällt, und der Bestohlene steht dann ratlos und mittellos da. Das ist besonders auf größeren Reisen außerordentlich peinlich. Gesetz sollte sein, in Anhängetaschen oder in Portemonnaies nicht mehr Geld zu tragen, als für kleine Ausgaben unterwegs benötigt wird. Der Hauptbetrag muß in einer Innentasche der Kleidung geborgen werden.

? **Soest**, 26. Mai. **(Verhaftung eines Schwerverbrechers.)** Am Samstag wurde am hiesigen Kleinbahnhof Brüdertor, der langgesuchte Einbrecher Bernhard Schniedermeier festgenommen, welcher vor einiger Zeit mit seinen Komplizen in Neheim und Haus Füchten schwere Einbrüche ausgeführt, dann im Amtsgerichtsgefängnis Schwerte den Aufseher gewürgt hatte und unter Mitnahme von dessen Schußwaffe aus dem Gefängnis ausgebrochen war. Auf dem Wege zum hiesigen Polizeigefängnis ergriff er die Flucht und wurde dabei durch einen Schuß erheblich verwundet, so daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Auch wegen sonstiger Straftaten wird Schniedermeier von mehreren Staatsanwaltschaften und sonstigen Behörden gesucht.

! **Wattenscheid**, 25. Mai. **Einen gemeinen Racheakt** verübte der Knecht Kurkowski des Landwirts Ortmann im nahen Günnigfeld, indem er das beste Pferd des O. dadurch zu Tode quälte, daß er dessen innere Organe durch einen äußeren Eingriff gewaltsam verletzte. Das Tier, das einen Wert von 32 000 Mark hatte, mußte, nachdem es mehrere Tage gekrankt hatte, geschlachtet werden.

** **Bochum**, 26. Mai. **Ein schweres Gewitter** entlud sich gestern über Bochum. Der Blitz schlug mehrere Male ein. Von dem Hause des Kaufmanns Bahrenberg auf der Hermannshöhe wurde der Giebel weggerissen. In Eppersdorf schlug der Blitz in ein Wohnhaus und zündete. Das Haus brannte vollständig nieder. Die Bewohner konnten sich retten.

Bochum, 20. Mai. **(Eine gefährliche Stehler- und Hehlerbande verurteilt.)** Eine Landplage für das West Recklinghausen waren in den letzten 2 Jahren die vielfachen Banden- und Massendiebstähle. Neuerdings stand wieder vor den Schranken der Bochumer Strafkammer eine Bande, die längere Zeit fast Nacht für Nacht die Gegend von Holthausen, Bork, Waltrop und Olfen unsicher machte und in mancher Nacht ganze Warenladungen von ihrem Beutezuge heimbrachte. Wie ergiebig die einzelnen nächtlichen Beutezüge waren, mag die Mitteilung beweisen, daß in einer Nacht 51 Paar Schuhe, in einer anderen Nacht 12 Hühner, 14 Paar Schuhe, 1 geräucherter Schinken, Wertsachen im Werte von 2000 Mk., in einer dritten Nacht zirka 2 Zentner Speck heimgebracht wurden. Der Anführer der Bande, Maschinist Emil Wagenborn von Nappen, brachte es in der Zeit von Mai bis November 1919 auf 32 Einbruchsdiebstähle. Vor allem wurden die Gehöfte der Landwirte, die Läden der Metzger und Kaufleute, die Büros der Zechen, auch das kath. Gesellenhaus in Datteln nächtlicherweile bestohlen. Eine erhebliche Anzahl der Einbruchsdiebstähle führte Wagenborn im Bunde mit seiner jungen Frau aus; bei einem Motordiebstahl waren beteiligt der Fuhrmann Kaspar Schänzer zu Henrichenburg, Chauffeur Hubert Schänzer zu Dortmund, als Hehler hatten sich zu verantworten der Bergmann Christian Wagenborn, dessen Ehefrau aus Mengede und der Elektrotechniker August Stabermann aus Dortmund, welch letzterer den gestohlenen Motor angekauft hatte. Die Strafkammer verurteilte Emil Wagenborn zu 6 Jahren Zuchthaus — der Staatsanwalt hatte 4½ Jahre Zuchthaus beantragt —, Frau Wagenborn zu 1 Jahr Gefängnis, Caspar und Hubert Schänzer zu 8 Monaten Gefängnis, die Eheleute Wagenborn, die Eltern des Hauptangeklagten, zu 3 Monaten Gefängnis. Den Eheleuten Wagenborn und Stabermann wurde eine Bewährungsfrist von je 3 Jahren mit Strafaussetzung zugebilligt, wenn erstere 600 Mark Geldbuße, letztere 3000 Mk. Geldbuße, zahlbar in vierteljährlichen Raten von 1000 Mark, zahlen.

(bu) **Buer**, 25. Mai. **(Unlautere Konkurrenz eines Bäckers.)** Wegen schwerer Verstöße gegen Rationierungsvorschriften hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht eine Anzahl Angeklagte zu verantworten. Es handelt sich um Vergehen, die sich insbesondere ein Bäckermeister Sp. und dessen Ehefrau, ferner zwei seiner Söhne, die in Buer-Resse wohnen, gegen die Verordnungen des Magistrats Buer vom 26. August 1919 in Verbindung mit der Reichsgetreideordnung vom 26. Juni 1919 und 21. Mai 1920 haben zuschulden kommen lassen. In erdrückender Weise wurde durch die eingehende Beweisaufnahme die Schuld nachgewiesen; es ergab sich unter anderem, daß seit Jahren, ja schon während der letzten Kriegsjahre, fortgesetzt gewerbsmäßig für 11, aber auch schon gegen 9 und 10 Brotscheine, anstatt gegen 12 solcher Scheine, Brote anstandslos, das heißt ohne daß in einzelnen Fällen die Brotscheine nachgezählt wurden, abgegeben wurden. Diese ungesetzliche Abgabe von Broten hatte einen Umfang angenommen, daß diejenigen Bäcker, die sich genau nach den gesetzlichen Bestimmungen richteten, im Laufe der Zeit immer mehr Kunden verloren, und zwar so, daß die Existenz dieser Bäcker geradezu bedroht war. Dies umsomehr, als die Mehrzahl dieser letzteren Bäcker sich im Felde befanden bezw. zum Heeresdienste eingezogen waren und somit selbst nicht im Betriebe sein konnten. Mit Rücksicht auf diese unlautere Konkurrenz, die die Existenz ehrlicher Bäcker bedrohte, kamen die Bäcker zu einer Besprechung zusammen mit dem Resultat, bei dem Bäckermeister Sp. vorstellig zu werden, er solle dies ungesetzliche Gebahren unterlassen. Dies wurde den beiden Abgeordneten der Bäcker zugesagt, jedoch wurde diese Zusage nur vorübergehend eingehalten. Sp. verfuhr sodann genau so wie früher. Bis in die letzte Zeit hinein wurden also weiter Brote mit weniger Brotscheinen abgegeben. Es kam zur Anzeige und Anklage. Sowohl von dem Vertreter der Anklage, wie von Seiten des Gerichts wurde dieses Gebahren mit scharfen Worten gekennzeichnet und der schweren Verfehlungen entsprechend Strafe verhängt. Der Bäckermeister Sp. wurde zu 4000 Mark, dessen Ehefrau zu 5000 Mark und die beiden Söhne zu je 500 Mark Geldstrafe, ersatzweise für je 15 Mark einen Tag Gefängnis, verurteilt. Leider haben sich nun nicht ganz dieser unlauteren Konkurrenz zu unterliegen, auch andere Bäcker, allerdings nur in wenigen Einzelfällen, zur Hergabe von Broten bei 11 Scheinen verleiten lassen. Nachgewiesen werden konnte dieses jedoch nur einer Angeklagten, welche zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

(bu) **Buer**, 25. Mai. **(36 Metzger unter Anklage.)** Nachdem in den letzten Monaten reichlicher Lebensmittel auf den Markt gekommen sind und der freie Handel eingesetzt hat, mehren sich auch die Fälle, in denen gewissenlose Gewerbetreibende sich auf Kosten der Mitmenschen — des kaufenden Publikums — zu bereichern versuchen. Gerade in letzter Zeit mußte eine verschärfte Nahrungsmittelkontrolle einsetzen, um der vielen Nahrungsmittelfälscher habhaft zu werden. Ganz besonders hatten auswärtige Metzger hierzu die Buerschen Wochenmärkte, insbesondere den Markt in Buer-Mitte, ausersehen. Metzger von Gelsenkirchen, Wanne, Essen, Rotthausen, Schonnebeck usw. boten Hackfleisch und Wurst zu billigeren Preisen an. In den meisten Fällen handelte es sich hier um verfälschte Waren, welche einen ganz erheblichen Wasserzusatz enthielten. Wasserzusätze zum Hackfleisch von 15, 20, ja sogar 22 Prozent waren keine Seltenheit. Erst noch an einem der letzten Markttage wurde einem Metzger aus Schonnebeck der Verkauf von Hackfleisch, ungefähr 60 Pfund, verboten, welches, wie nachträglich durch die chemische Untersuchung festgestellt wurde, 22 Prozent zugesetztes Wasser enthielt. Beim Kaufe von einem Pfund derartigen Hackfleisches bezahlte der Käufer 2,42 Mk. für zugesetztes Wasser. Insgesamt wurden in den letzten Wochen gegen 36 Metzger, von denen über Zweidrittel von auswärts kamen, das Strafverfahren eingeleitet. Außer den Fällen, in denen das Fleisch zuviel Wasser enthielt, wurden 7 Fälle festgestellt, in denen dem Hackfleisch schwefligsaures Natrium zugesetzt war, welches der Gesundheit schädlich ist. Derartig behandelte Fleischwaren erscheinen noch lange hellrot und genießbar, obschon sie sich in der Zersetzung befinden. In sechs Fällen enthielt die Fleischwurst eine Menge Wasser. Wenn auch zur Herstellung der Wurst ein geringer Wasserzusatz üblich und zulässig ist, ging er hier doch über das zulässige Maß hinaus. In drei Fällen war der Wurst Mehl zugesetzt und in weiteren drei Fällen war Fleischwurst bezw. Jagdwurst gefärbt. Vier Metzger wurden wegen eines geringen Zusatzes von Wasser zu Fleischwaren verwarnt.

⚖ **Siegen**, 25. Mai. **(Verurteilung eines Fabrikdirektors wegen Bestechung durch Inserate.)** Die Strafkammer in Siegen verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, gegen den Fabrikdirektor Heinrich Nies. Der Angeklagte leitet das Eisenwerk Siegen G. m. b. H. und veröffentlichte in mehreren Hannoverschen Zeitungen Inserate, um unlautere Beziehungen zu Direktionsbeamten von Kalibergwerken anzuknüpfen. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte systematisch vorging, um einflußreiche Angestellte der Bergwerke bei Lieferung von Förderwagen zum Verrat und zur Ausschaltung der Konkurrenzangebote zu bestechen. Das Urteil lautete auf 5000 Mark Geldstrafe.

** **Duisburg**, 26. Mai. **(Ein ungetreuer Beamter verurteilt.)** Der bei der Hafenverwaltung angestellte Bürogehilfe Gustav Marx hat es drei Jahre hindurch verstanden, Hafengebühren unberechtigterweise zu vereinnahmen und den Fiskus hierdurch um 800 000 Mark zu schädigen. Gleichzeitig betrieb er einen schwunghaften Handel mit Lebensmittelkarten und Brotmarken für Schiffer, deren Verwaltung ihm unterstellt war. Die Entdeckung verhinderte er durch falsche Eintragungen in den Büchern. Die Strafkammer verurteilte ihn unter Versagung mildernder Umstände zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, weil er in den Zeiten der schlimmsten Not die Allgemeinheit aufs schwerste geschädigt hat. Die Abnehmer der

---

Wie schön das sein muß.

Wie schön das sein muß
Hoch als Kostümenblatt
Den ganzen Sommer nur Sonne zu trinken.

Immer in goldener Sonne zu blinken
Und in die Erdenschatten zu winken
Hoch oben vom Baum.
Immer von neuem nur Sonne zu trinken,
Immer von neuem golden zu blinken
Wert in den Raum . . .

Wie schön das sein muß —
Sonnensatt
In tanzenden Kreisen zu Boden zu sinken! . . .

Wilhelm Sperlbaum, Holzwickede.

Vom Wege ab.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

25. Fortsetzung.

Stellas eben noch bekümmertes Gesichtchen war verändert. Mit einem verträumten Lächeln um die Lippen, die Wangen wie mit Blut übergossen, saß sie da und las.

„Nun, was schreibt er denn?" fragte die Mutter endlich ungeduldig, als Stella gar nicht mit dem Lesen fertig wurde. „Bittet er um Verzeihung?"

„Der Brief ist nicht von Roland", sagte Stella befangen. „Sondern von . . . von einem früheren Bekannten. Einem jungen Schauspieler, der . . ." Sie stockte. Dann fuhr sie halb lachend, halb ratlos fort: „Denke dir nur, Mamuska, er ist so verliebt in mich. Gänzlich närrisch . . . obwohl er weiß, daß ich verlobt bin. Er schreibt, er habe tagelang mit sich gekämpft und sich nun entschlossen, den Kampf um jeden Preis aufzunehmen. Roland sei kein Mann für mich und er liebe mich viel stärker. Schon damals, als ich noch ein halbes Kind war, habe er mich heimlich angebetet, und jetzt, nachdem er mich wiedergesehen, wisse er es genau, daß nur ich die richtige Frau für ihn sei . . . er schreibt so süßes, närrisches Zeug, Mamuska . . . daß er sich töten würde, wenn ich ihm nicht wenigstens Gelegenheit gäbe, sich einmal mit mir auszusprechen . . . du mußt es selber lesen, Mamuska. Und mir dann raten. Ich kann ja doch nicht . . . Roland würde es mir nie verzeihen . . . und doch . . . wenn ich Egon Winter zur Verzweiflung triebe . . . ach, Mamuska, ich weiß wirklich nicht, was ich tun soll . . ."

Stella schob ihrer Mutter die eng beschriebenen Blätter in den Schoß. Frau Ricardini vertiefte sich in deren Inhalt.

Nachdem sie den Brief zweimal aufmerksam gelesen hatte, sah sie ihre Tochter forschend an.

„Er scheint ein Mann aus guter Familie und mit glänzenden Aussichten. Er schreibt da von einem Gut, das er und seine Mutter in Pommern besäßen, und daß man ihm für Ostern einen Vertrag vorlegte, der ihm in Berlin eine brillante Stellung sichere. Erzähle mir, was du sonst noch von ihm weißt, Seelchen. Nur eins noch: Wenn Papa kommen sollte — er führt jetzt draußen die neuen Mädchen in ihre Tätigkeit ein —, dann reinen Mund gehalten: Du weißt, wie er denkt. Er und Roland dürfen von dieser Sache kein Sterbenswörtchen erfahren, schon um des lieben Friedens willen."

Das war auch ganz Stellas Meinung. Sie nestelte sich zu ihrer Mutter hin und erzählte von Egon Winter. Den Brief hatte Frau Ricardini vorsorglich in ihrer Tasche geborgen.

Stella war gerade bei der Schilderung ihrer Begegnung mit Winter im Künstlerhaus, als Herr Ricardini neugierig eintrat.

„So. Die Hauptsache wissen die Mädchen nun. Die Köchin scheint mir übrigens sehr verschwenderisch angelegt. Es wird gut sein, wenn ich die Einkäufe künftig selber besorge. Aber nun darf man wohl fragen, was es mit den Blumen hier für eine Bewandtnis hat? Ich habe den Boten ausgefragt. Von Roland sind sie nicht. Der Mann sagte, ein junger glattrasierter Herr in Ulster und Zylinder habe sie ihm unten an der Ecke übergeben. Roland trägt weder Ulster noch Zylinder und hat einen Spitzbart." Er schielte mißtrauisch nach den Rosen und sah dann Stella mit stechendem Blick an, so daß sie vor Schreck kein Wort herausbrachte.

Aber Frau Ricardini war der Situation gewachsen. Sie lachte ihrem Manne unbefangen ins Gesicht.

„Hat denn jemand behauptet, die Rosen seien von Roland?"

„Ach!" Ricardini richtete sich drohend auf und rollte die Augen. „Und von wem sind sie dann?"

„Wir wissen es nicht. Irgendein närrischer Jüngling, der Stella von der Gasse aus bewunderte, schickte sie . . ."

„Wo ist der Brief, der dabei war?"

Frau Ricardini wies gelassen nach dem Kamin, in dem Feuer brannte. „Stella hat ihn in die Flammen geworfen. Es stand übrigens nichts darauf als: „Der schönen Unbekannten von einem Unbekannten, der sie verehrt.""

„Welche Frechheit: Wie konnte sie das überhaupt annehmen! Man hätte die Blumen dem Boten sofort zurückstellen müssen."

„Das hättest du selbst besorgen müssen. Wir glaubten natürlich zuerst, daß die Rosen von Roland kämen, und als Stella das Billett gelesen hatte, war der Bote doch schon fort."

Ricardini, dem Stellas verlegenes Schweigen auffallen mußte, sah beide Frauen scharf an. Er war offenbar noch nicht ganz beruhigt.

„Wehe euch, wenn ich dahinterkomme, daß dies nicht die reine Wahrheit ist: Ich werde aufpassen: Dir, Olga, traue ich überhaupt nicht. Ich weiß, daß dir Roland nicht gefällt, weil er sich zu wenig um dich bekümmerte — du hast es mir selbst gesagt. Und du wärest imstande —"

„Wenn ich nur wüßte, warum du so schreist. Es ist doch gar nichts geschehen . . ."

„Aber es kann etwas geschehen, wenn man nicht klug ist. Jeden Augenblick kann etwas geschehen. Mit diesem Baron ist nicht zu spaßen und bei euch Frauenzimmern ist einfach alles möglich. Ihr macht euch ja nie klar, was auf dem Spiel steht. Wenn Stella mit anderen kokettiert, könnte Roland sie im letzten Moment noch stehen lassen . . . bedenkt, was das heißt!"

Und als seine Frau nur spöttisch die Lippen verzog, stellte er sich vor sie hin und begann, ihr an den Fingern vorzuzählen: „Der Mann hat drei Millionen bar — ich habe mich genau erkundigt. Eins — zwei — drei!" Er spreizte die Finger und hielt sie seiner Frau unter die Nase. „Bedenke, was das heißt: So eine Partie findet sich im ganzen Leben nicht wieder. Und wir haben nichts. Und ein Hauch kann uns drum bringen. Ich würde uns alle drei umbringen, wenn es geschähe . . ."

„Das hast du damals auch gesagt", lachte seine Frau, „als Petrolwitsch mir Blumen sandte. Und dann warst du ganz froh über . . ."

„Schweig: Mache mich nicht rasend, Olga! Das war gar nichts. Aber jetzt: Diese drei Millionen . . ." Er zitterte förmlich vor Aufregung, rollte mit den Augen und fuhr sich mit gespreizten Fingern in das pechschwarze, gekräuselte Haar. „Hütet euch! Ich werde euch auf die Finger sehen!" schrie er, ging hinaus und schmetterte die Tür zu.

Stella schmiegte sich bang an ihre Mutter. Aber Frau Olga lachte nur.

„Laß dich nicht erschrecken, Seelchen! Das ist nur so seine Art. Zuletzt wird er wieder ganz zahm. Gerade darum war ich ja einst so rasend in ihn verliebt — freilich nur so lange, bis ich merkte, daß dieses Gebabe nicht echt ist. Und er braucht ja nun wirklich nichts zu erfahren. Wir beide gehen nächstens einmal ins Theater und sehen uns deinen Romeo an . . . ich bin wirklich neugierig auf ihn . . . Dann beraten wir weiter."

„Mamuska: Süße, liebe Mamuska!"

„Still. Ich habe mich noch für gar nichts entschieden. In einem hat Papa ja recht: Drei Millionen sind eine schöne Sache. Und wenn Geld alten auch nicht glücklich macht, so darf man es doch auch nicht übersehen."

(Fortsetzung folgt.)

Karten, meist Bäcker und Metzger, wurden zu Geldstrafen von 1000 bis 5000 Mk. verurteilt.

Köln, 26. Mai. **(Eine Millionenspende für deutsche Kinder.)** Seit einigen Tagen weilt im deutschen Kamposatohospiz in Köln der Generalvikar von Chicago, Msgr. Franz A. Rempe, der im Auftrage der amerikanischen Bischöfe die in den verschiedenen Diözesen der Vereinigten Staaten gesammelte Summe von 500 000 Dollar unter den deutschen und österreichischen Episkopaten zugunsten der hilfsbedürftigen Kinder verteilt hat. Prälat Rempe hat bei allen Bischöfen Deutschlands und Oesterreichs persönlich vorgesprochen und in einer Privataudienz dem Heiligen Vater von seiner Mission ausführlich Bericht erstattet.

! **Köln**, 25. Mai. **Ein fatales Mißgeschick** passierte hier einer Wäscherin am Turnmarkt. Sie hatte ihren bis zum Rand mit Weißwäsche gefüllten Kessel kochen lassen und entdeckte, als sie den Inhalt zur Bütte bringen wollte, daß er eine violette Färbung angenommen hatte. Die nähere Untersuchung ergab, daß ein Tintenstift in den Kessel hineingeraten war.

! **Köln**, 20. Mai. **Zu einem Kaffeehause** an der Hohestraße verläßt ein Herr das Lokal und läßt auf dem Tisch ein Streichholzdöschen stehen. Neue Gäste nehmen Platz und ein junger Mann stößt das Döschen vom Tisch zur Erde. Kurz darauf erscheint der erste Herr wieder, schweißtriefend und bleich, er fragt den Kellner nach dem Döschen; dieser sucht und findet es in einer Ecke auf dem Boden. Erleichtert aufatmend nimmt es der Herr in Empfang, entnimmt seiner Brieftasche drei 50-Markscheine und gibt sie dem freudig überraschten Kellner als Finderlohn. Das Zündholzdöschen war mit wertvollen Brillanten gefüllt.

! **Ingelheim**, 25. Mai. **(100 000 Mark im Zigeunerwagen.)** Während eines Streites zweier Zigeunerbanden wurde ein Mitglied von einem andern beschuldigt, zwei Morde auf dem Gewissen zu haben. Als Polizei die Gesellschaft festnehmen wollte, ging ein Teil flüchten, konnte aber im nächsten Dorf verhaftet werden, darunter auch der des Mordes Beschuldigte. Die Polizei durchsuchte die Wohnwagen der Bande, wobei ein Barbesitz von rund 100 000 Mark in Tausendmarkscheinen beschlagnahmt wurde. Möglicherweise trägt dieser Fang zur Aufklärung des noch immer ungesühnten Mordes an einem Landwirt in Alsheim (Rheinhessen) bei.

Minister Stegerwald über die bevölkerungspolitische Gesetzgebung.

Der Bevölkerungspolitische Kongreß in Köln schloß mit einer Rede des preußischen Ministerpräsidenten und Wohlfahrtsministers Stegerwald, in der er u. a. folgendes ausführte: Bei aller Sozialpolitik ist das entscheidende Gewicht auf vorbeugende Arbeit gelegt. Das Reichsministerium des Innern hat eine Anzahl Gesetzentwürfe ausgearbeitet, die die dringlichsten Aufgaben in Angriff nehmen, zunächst den Gesetzentwurf über die Tuberkulosebekämpfung, die angesichts der durch die Not des Krieges herbeigeführten Volksseuche besonders dringlich ist. Die gesetzliche Regelung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Prostitution war schon lange erforderlich und auch geplant. Der Hauptnachdruck bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Prostitution ist auf frühzeitige Behandlung, gesundheitliche Ueberwachung und Fürsorgeeinrichtungen zu legen. Den uneheliche Kindern muß unsere besondere Fürsorge gelten, für sie müssen die gleichen Rechtsbedingungen, wie für die ehelichen geschaffen werden. Die Fürsorgeerziehung soll nicht nur die Jugend sondern bessern, sondern auch erzieherisch auf die Familie einwirken, in der der Zögling später wieder zurückkehren soll. Im Mittelpunkt aller Bevölkerungspolitik muß die Familienfürsorge stehen. Hierher ist die Frau die beste Wohlfahrtspflegerin. Die Wohlfahrtspflegerinnen müssen allen Kreisen der Bevölkerung entnommen werden. Starke seelische Stöße hat die Gesundheit des Volkes durch den Krieg erlitten. Ich habe die Zuversicht auf eine Besserung. Die Gesetzgebung muß hier die Wege ebnen. Jedes deutsche Kind hat Anspruch auf geistige und leibliche Erziehung. Das pädagogische Moment muß mehr in die Erscheinung treten. Für die Stärkung der Familie müssen auch die neuen neuen Behörden sorgen. Die Ueberwachung des Pflegekinderwesens muß auch Sache der Fürsorgerin sein. Auf jede Festigung des Familienlebens muß eifrig hingearbeitet werden. Aus dem Willen, an der körperlichen und seelischen Gesundung des deutschen Volkes mitzuarbeiten, ist in Preußen das Krüppelgesetz vom Mai 1920 entstanden. Durch gesetzmäßige Pflege und liebevolle Behandlung müssen die Krüppel soweit gebracht werden, daß sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Wohnungsfrage. Durch die heutige Wohnungswirtschaft wird die Geburtenzahl beeinträchtigt und die Zahl der Sterbefälle erhöht. Das Ministerium für Volkswohlfahrt sucht mit allen Mitteln der Wohnungsnot zu steuern, die jedoch nicht genügen, das ganze Wohnungswesen zu unterstützen. Deutschland befindet sich in einem Dunkel, wie es nie zuvor schwärzer auf ihm gelastet hat. Gewisse Anzeichen einer rosigen Morgenröte kann man bei der heutigen Jugend erkennen. Den Geist der Selbstbesinnung, den Geist des heißen Ringens zur Kräftigung der Seele und des Körpers zu wecken und zu stärken sind Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen am Werk. Hier ist die Bevölkerungspolitik eine Frage allerersten Ranges. Den Bestrebungen, die unsere Jugend zum Ziele verhelfen sollen, müssen wir jeden Beistand leisten. Es gilt Selbstsucht durch Selbstzucht, Materialismus durch Idealismus zu ersetzen. Wohldurchdachte Bevölkerungspolitik hilft aufbauende Kräfte schaffen. Gegenseitig wollen wir auch den Schwur leisten, daß wir entschlossen sind, unseren Söhnen und Enkeln bessere Lebensbedingungen zu geben als die es sind, unter denen wir leben. Unsere Zukunft gehört der Jugend.

Jugendheim-Weihe in Bielefeld.

Zu einer gewaltigen Kundgebung gestaltete sich die Einweihung des neuen Jugendheims, das der Prov.-Verband der evangelischen weiblichen Jugend Westfalens am 22. Mai seiner Bestimmung übergab. Ein unübersehbarer Festzug bewegte sich um 1 Uhr vom Bahnhof, zu dem auf den Höhen hinter der Stadt ein zweiter von Bethel kommender Festzug sich gesellte. Das neue Heim „Zur schönen Aussicht", das den jungen Mädchen zur Erholung und zugleich als Tagungsort für Lehrgänge und Freizeiten des Verbandes dienen soll, war bald von nahezu 10 000 Menschen umlagert, darunter 8000 jungen Mädchen aus allen Teilen Westfalens. Der Verbands-Vorsitzende, Sup. D. Winkelmann-Elsey, hielt die Weiherede. Nach dem Kaffeetrinken und der Besichtigung des Hauses zogen die Scharen nach Bethel, wo unter ragenden Buchenwipfeln eine erhebende Festfeier stattfand. Dreistimmige, von Tausenden mitgesungene Chöre und Bethelser Bläser unter Leitung des bekannten Posaunen-Generals P. Kuhlo umrahmten die schöne Feier. Pfarrer Hammerschmidt-Bielefeld sprach in jugendfrischer Weise über den Geist der Freude, P. Fr. von Bodelschwingh mit eindrucksvollem Hinweis auf seine Bethelser Anstalten von dem Geist dienender Liebe, der gerade unserer Jungmädchenwelt herrliche Ziele weise. Ein Sonderzug brachte am Abend die Scharen wieder heimwärts. Doch machten über 1200, die zum großen Teil in Bielefeld gastliche Aufnahme fanden, am Montag einen Ausflug nach dem Hermannsdenkmal, wo Herr Lehrer Kaiser-Bielefeld die Jugend in flammender Rede zur Treue gegen Gott, Vaterland und Volkstum aufrief. Die gewaltige Feier offenbarte aufs neue, daß in unserer Jugend ein zukunftsstarker Geist sich mit Macht Bahn bricht und daß auch die Kirche viel größere Massen hinter sich hat, als gemeinhin angenommen wird. wp.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe vom 5. bis 22. Mai.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe blieb gegenüber der Vorwoche im allgemeinen unverändert. Nach den Feiertagen setzte eine etwas lebhaftere Vermittlungstätigkeit wieder ein. Aus verschiedenen Bezirken wurden weitere Arbeitseinschränkungen und Entlassungen gemeldet. Die Zahl der Erwerbslosen, soweit sie von den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Bezirks erfaßt werden konnte, betrug nach dem Stande vom 14. 5. 21 — 6971 — und verteilt sich wie folgt: Reg.-Bez. Münster 163 Voll-, 1 Teil- und 939 keine Unterstützung, Reg.-Bez. Minden 434 Voll-, 54 Teil- und 1947 keine Unterstützung, Reg.-Bez. Arnsberg 867 Voll-, 213 Teil- und 2107 keine Unterstützung, Freist. Lippe 16 Voll-, 1 Teil- und 229 keine Unterstützung, zus. 1480 Voll-, 269 Teil- und 5222 keine Unterstützung.

Die Metallindustrie zeigte nach den eingegangenen Berichten eine zunehmende Verschlechterung. Während im Bezirk Hagen die Herd-, Nieten- und Schraubenfabriken z. Zt. noch voll beschäftigt sind, leidet die Schloßindustrie stark unter dem schlechten Geschäftsgang. Auch die im Bezirk Hagen belegenen Hüttenwerke, die bisher noch aufnahmefähig waren, üben große Zurückhaltung in der Neueinstellung von Arbeitskräften. Teilweise mußten Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. In Münster mußte von einer Autoreparaturwerkstatt wegen Arbeitmangels eine Anzahl Autoschlosser entlassen werden. Auch im Bezirk Oeynhausen war eine Firma gezwungen, vierstündige Arbeitszeit einzuführen. Die Arbeitskürzung wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein. In der Metallindustrie im Siegener Bezirk macht sich besonders in den Hochofen- und Blechwalzwerken der Mangel an Aufträgen bemerkbar, so daß in nächster Zeit auch hier mit Betriebseinschränkungen gerechnet werden muß. Dagegen sind die Blechwarenfabriken noch gut beschäftigt. Die „Metall- und Hüttenwerke" in Dortmund, welche ihren Betrieb wegen Auftrags- und Absatzmangels gänzlich stilligelegt hatten, haben die Arbeit zunächst in geringem Umfange wieder aufgenommen.

Der bergbauliche Arbeitsmarkt ist für ungelernte Arbeitskräfte nicht aufnahmefähig. Nach Mitteilung des städtischen Arbeitsnachweises Witten wird voraussichtlich die Zeche Bergmann (Wittener Bergbaugesellschaft) stillgelegt. Die Zeche beschäftigt z. Zt. etwa 700 Personen. Vom Arbeitsamt Siegen i. W. — Fernsprecher 1480 — werden noch gelernte Hauer für Eisenstein gesucht. In der Holz- und Möbelindustrie ist in verschiedenen Bezirken eine Besserung der Lage zu verzeichnen. Tüchtige Tischlergesellen können leicht untergebracht werden. Im Baugewerbe sind Maurer, Anstreicher und Stukkateure stark gefragt. Der Bedarf konnte größtenteils nicht gedeckt werden, da nur wenig Angebote vorhanden. Der Streik im Malergewerbe in Herford ist beendet.

In der Textilindustrie wird aus dem Bezirk Rheine eine leichte Besserung gemeldet. Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe blieben Schneidergehilfen überall stark gesucht. Infolge Einschränkung der Betriebe der Reichsbekleidungsämter kommen beim Bekleidungsamt Münster bis zum 1. Juli d. Js. zirka 88 Schneider, 179 Schuhmacher und eine Anzahl anderer Arbeiter zur Entlassung. Verhandlungen, in welcher Weise die Unterbringung der Entlassenen sichergestellt werden kann, schweben.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe herrscht nach wie vor eine starke Arbeitslosigkeit. Die vorgesehenen Entlassungen bei den Fleischwarenfabriken im Bezirk Gütersloh sind nur in ganz beschränktem Umfange zur Durchführung gelangt, da die Betriebe zunächst für eigene Rechnung weiter arbeiten wollen. Es wird von den Firmen versucht werden, etwa notwendig werdende Entlassungen durch Verkürzung der Arbeitszeit zu vermeiden. Die Stärkefabriken im Lippischen stellen neuerdings Arbeitskräfte wieder ein, doch kann der Bedarf örtlich gedeckt werden.

25. Verbands-Versammlung des rhein.-westf. Sparkassenverbandes.

Unter zahlreicher Beteiligung trat in Düsseldorf die 25. Verbandsversammlung des rheinisch-westfälischen Sparkassenverbandes zusammen. Vertreter der Staatsbehörden und der Stadt nahmen an der Tagung teil. Der Vorsitzende Löbe-Köln wies darauf hin, daß der Verband vor 30 Jahren in Düsseldorf gegründet worden ist. Leider gestatten die Verhältnisse es nicht, diesen Tag festlich zu begehen. Der Vertreter des Oberpräsidenten bezeichnete als erste Aufgabe der Sparkasse, der ärmeren Bevölkerung Gelegenheit zur Anlage ihrer Ersparnisse zu geben. Der Minister habe ja schon die Bedürfnisse der Sparkassen dadurch erweitert, daß er die Erweiterung der bankmäßigen Betätigung der Sparkassen gestattete. Aus dem Geschäftsbericht ist zu erwähnen, daß dem Verbande heute 455 Sparkassen als Mitglieder angeschlossen sind. Die Festsetzung eines einheitlichen Zinsfußes für die Sparkassen habe sich noch immer nicht ermöglichen lassen, weil die neugegründeten Sparkassen immer wieder mit höheren Zinssätzen auf den Markt kämen. In der letzten Zeit habe eine große Sparkasse 5 Prozent für täglich kündbare Einlagen geboten. Der Personalmangel habe sich bei den Sparkassen verschärft, trotz auch durch die Bestimmungen des Arbeitsbewilligungsgesetzes, weshalb die Befreiung der Sparkassen von dem Zwang dieses Gesetzes gefordert werden müsse. Geh. Reg.-Rat Professor Thieß-Köln sprach über die weltwirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands und die Mitwirkung des Sparkassenkapitals. Der Vortragende betonte, daß die größten Leistungen für den Ausgleich unserer Zahlungsbilanz und die Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag der Industrie und namentlich ihrer Betätigung im Auslande zufallen würden. Die Sparkassen hätten die Aufgabe, auch an ihrem Teil die Industrie durch Zuführung der notwendigen Gelder hierzu in den Stand zu setzen. Zwar werde dies nur ein kleiner Nebenbetrieb der Sparkassen bleiben, aber heute müsse alles helfen, unsere Wirtschaft wieder aufzubauen. In der Aussprache wurde als Voraussetzung für eine Mitarbeit der kleineren Sparkassen an dem Wiederaufbau gefordert, daß die Bestimmungen über die Auskunftspflicht der Sparkasse den Steuerbehörden gegenüber abgeändert würden. Jetzt würden die Sparer durch diese Auskunftspflicht aus den Sparkassen vertrieben. Es folgte ein Vortrag des Geschäftsführers des Verbandes Böll-Köln über den Ministerialerlaß über die Ausgestaltung der Sparkassen zu Kommunalbanken. Der Redner bedauerte, daß die Sparkassen vor Bekanntgabe des Erlasses nicht gehört worden seien, erkannte aber an, daß der Erlaß den Sparkassen die Möglichkeit gebe, sich in wünschenswerter Weise auszudehnen. Der Erlaß müsse in dem kommenden Sparkassengesetz eine Erweiterung erfahren.

Die Geschäftsführung des Lebensmittelamts in Frankfurt.

Der Bericht des von der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. eingesetzten Untersuchungsausschusses über die Geschäfte des Lebensmittelamts, die mit einem Verlust von 44 Millionen Mark abschlossen, wird veröffentlicht. Darin wird zunächst die Meinung verschiedener Sachverständigen, u. a. auch die des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt über die Frage wiedergegeben, ob die Stadt sich überhaupt in derartiger Weise hätte einzudecken brauchen. Der ehemalige Wirtschaftsminister erklärte, daß das Ministerium sich fortgesetzt bemüht habe, die Städte davon abzuhalten, große Einkäufe zu machen. Der Ausschuß ist zu der Auffassung gelangt, daß früher eingekauft werden mußte, weil dem Lebensmittelamt bekannt gewesen sei, daß andre Städte bereits ihre Einkäufe machten. Besonders eingehend werden die Devisengeschäfte behandelt und die Tatsache, daß die Devisenkäufe in der Schweiz anstatt in Deutschland vorgenommen wurden, und zwar durch den Direktor Alfred Faller in Zürich, einen Schwager des Geschäftsleiters Pfefferkorn der Großhandelsgesellschaft, welche die Käufe besorgte. Es wird festgestellt, daß die Devisen in der Schweiz abnorm hoch bezahlt worden sind. Der Ausschuß beanstandet insbesondere, daß die Beschaffung eines Teils der Devisen nicht bankmäßig besorgt, sondern einem Privatmann übergeben worden sei. Auch seien die Devisen gerade zu der für die deutsche Mark ungünstigsten Zeit, nämlich am 29. Januar 1920, gekauft worden, als der schweizerische Franken mit 20,41 bezahlt wurde, während er am 12. Januar noch mit 10,92 zu haben war. Der Ausschuß kommt zu der Ueberzeugung, daß hier nicht mit der nötigen Sorgfalt von der Einfuhrgesellschaft verfahren worden sei. Dies habe der Stadt zehn Millionen Mark gekostet, die hätten gespart werden können. Der Ausschuß erklärte, daß die Gesellschaft für diese Kosten haftbar gemacht werden müßte. Gerügt wurde auch, daß das Lebensmittelamt einen großen Posten Reis nach auswärts abgegeben habe, ohne vorher die Abordnung beim Lebensmittelamt gehört zu haben, anstatt die Frankfurter bedürftige Bevölkerung damit zu versorgen. Allein hierbei sei ein Verlust von rund 20 Millionen Mark entstanden. Der Ausschuß habe lange Zeit darauf verwandt, den umlaufenden Gerüchten nachzugehen, wonach der Leiter des Lebensmittelamts persönliche Vorteile aus dem Reisgeschäft gezogen habe. Auf Grund der festgestellten Tatsachen könne versichert werden, daß kein Grund für diese Gerüchte vorliege. Im großen und ganzen sei sein Geschäftsgebahren als einwandfrei zu bezeichnen.

Weitere Nachrichten.

— **Kohlensäure-Explosion.** Mittwoch vormittag brach am Neustädter Elbufer in Dresden im Schuppen einer Speditionsfirma, in dem 400 bis 500 Eisenballonplatten mit Kohlensäure lagerte, auf noch unaufgeklärte Weise Feuer aus. Etwa 100 bis 120 Flaschen explodierten und wurden haushoch fortgeschleudert, wobei ein Arbeiter schwer und mehrere Zivilpersonen leicht verletzt wurden. Der Schuppen brannte nieder. Ein benachbartes Lagergebäude, in welchem sich Oel und Benzin befand, wurde von den Flammen erfaßt, konnte aber von der Feuerwehr vor der vollständigen Vernichtung gerettet werden.

— **Eine Ueberlandzentrale in Flammen.** Seit gestern mittag steht die Ueberlandzentrale in Harbke in Flammen. Das Feuer ist auf das Turbinenhaus übergesprungen, das vollkommen außer Betrieb ist. Die an die Ueberlandzentrale angeschlossenen Ortschaften und Betriebe sind vorläufig ohne Licht und Kraft.

— **Der bekannte Flieger und Flugzeugfabrikant**, der Verwalter der Arco-Werke in Reinickendorf, Emil Jeannin, wurde, wie die Blätter melden, wegen Verführung 13jähriger Mädchen verhaftet.

— **75 Kapitalverbrechen in Berlin 1920.** Die Zahl der Todesopfer, die auf das Konto der Kriminalität in Groß-Berlin zu setzen sind, ist in den letzten Jahren in erschreckendem Maße gewachsen. Die nüchternen Ziffern des Statistischen Amtes über die Bewegung der Berliner Bevölkerung im Jahre 1920, die soeben veröffentlicht werden, erhalten eine erschreckende Bedeutung, wenn man liest, daß im letzten Jahre allein in Berlin 75 Personen einem Mord oder Totschlag zum Opfer gefallen sind. Von diesen gewaltsam ums Leben Gekommenen sind 51 Männer und 24 Frauen und Mädchen. Diese Zahl übersteigt weit das Doppelte der vor dem Kriege verübten Kapitalverbrechen, bleibt aber immerhin noch gegenüber Städten wie Neuyork, Chicago und Paris weit im Rückstand.

— **Eine neue Bartmode** wird aus England angekündigt. Es handelt sich nämlich um die Wiedereinführung eines ordentlichen, richtigen Schnurrbartes, zu der sich selbst die glattrasierten Engländer aufschwingen wollen. Wir Deutschen haben die britische Bartmode viel zu rasch nachgeahmt, als daß wir uns heute nicht beeilern sollten, ihr Valet zu sagen. Manches Wort ist über den Schnurrbart geprägt worden. Erwähnt sei hier nur eins: „Kuß ohne Bart ist wie Schmalz ohne Salz!" Also!

190 000 Mann Flottenpersonal in den Vereinigten Staaten.

(TU) **Newyork**, 26. Mai. Der Senat hat mit einer Zweidrittelmehrheit den Gesetzentwurf angenommen, wonach das Flottenpersonal auf 190 000 Mann erhöht wird.

Ein neuer polnischer Raubzug.

(TU) **Groß-Strehlitz**, 26. Mai. Großen Schaden richteten die polnischen Banden auf dem uralten Herrschaftssitze Strachwitz in Stubendorf an. Es wurden 52 Pferde gestohlen, 28 Schweine und der gesamte übrige Viehbestand geschlachtet. Auch die Wäsche- und Plüschgarnituren wurden zerschnitten. Abends als die Polen sich zum Rückzuge gezwungen sahen, steckten sie das Schloß in Brand. Ungeheure Kunstwerte sind vernichtet.

Kleine Nachrichten.

Der Präsident des deutschen Reiches ernannte und bestellte den preußischen Regierungspräsidenten Brugger zum Staatssekretär im Reichsministerium des Innern.

Der englische Generalpostmeister teilte im Unterhause mit, daß vom 15. Juni an die Postgebühren erhöht werden und zwar für Postkarten im In- und Auslande von 1 auf 1½ Pence und für Auslandsbriefe von 2½ auf 3 Pence.

Der Streik in der oberbadischen Textilindustrie ist beigelegt. Die Arbeit wird zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, doch kann vorher nur ein Teil der Arbeiterschaft eingestellt werden. Der Streik dauerte 8 Wochen.

Im Mansfelder Bergbau wird der Ausbruch einer Krise befürchtet, da die Verhandlungen über einen Lohnabbau ergebnislos verlaufen sind und abgebrochen wurden. Die Arbeiterorganisationen haben den Reichsarbeitsminister um Vermittelung ersucht.

Nach einer Meldung aus Warschau wurden sämtliche in Warschau weilenden Ausländer aufgefordert, binnen 14 Tagen die Stadt zu verlassen. Der Aufenthalt der Ausländer in anderen Städten Kongreßpolens wurde beschränkt.

Der Reichsverband Deutscher Süßwarenhändler, der in Eisenach seine Hauptversammlung abhielt, hat die Regierung zur sofortigen Freigabe des Zuckers aufgefordert.

Der Deutsche Eisenbahnerverband veröffentlicht einen Aufruf an die Eisenbahner, die Bahnen gegen Transporte von Freiwilligenkorps zu überwachen.

Den neuen deutschen Tariferhöhungen, die am 1. Juni dieses Jahres auf den Reichseisenbahnen in Kraft treten, hat die Interalliierte Rheinlandkommission nicht zugestimmt. Infolgedessen behalten innerhalb des besetzten Gebietes die alten Fahrpreise ihre Gültigkeit. Bei Reisen aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet kommt jedoch der neue erhöhte Tarif in Anwendung.

In Heilbronn findet am Sonntag eine Tagung der Eisenbahnpräsidenten der deutschen Länder unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Gröner statt.

Die Fremdensteuer wurde im Hamburger Senat einstimmig angenommen.

Auf Grund des Berichtes des Kommandos der Rheinarmee über die Zahl der notwendigen Truppen hat die französische Regierung beschlossen, sofort alle verheirateten Soldaten und alle Stützen der Familien der Klasse 1919 zu entlassen. Der Kriegsminister hat sofort die notwendigen Befehle erteilt.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 24. Mai. (Dem Hungertode preisgegeben.) So traurig diese Worte klingen, sie bewahrheiten sich bei den Kapitalrentnern in der „Republik" Deutschland. Wie oft ist schon über die Notlage dieser Invaliden der Arbeit geschrieben worden, wie oft ist der deutsche Rentnerbund bei den maßgebenden Regierungsstellen und im Reichstage dahin vorstellig geworden, das Elendsdasein dieser „Verstoßenen" zu erleichtern, ihnen den wohlverdienten Lebensabend nicht zur Qual zu machen. Man sieht wohl ein, wie bitter die Sorge der Rentner ist, aber zu einer Hilfsaktion haben sich die Regierung und der Reichstag noch nicht aufraffen können. Woran liegt das? Weil der Reichsregierung bisher noch nicht gesagt werden konnte, daß sich alle Kapitalrentner den Bestrebungen des deutschen Rentnerbundes angeschlossen haben. Erst wenn alle Rentner hinter dem deutschen Rentnerbund stehen werden, kann dieser der Reichsregierung sagen: Hier sind die Hunderttausende hungernder Rentner, hier ist ein ganzer Stand, der der Vernichtung anheimfällt, wenn ihm das Reich nicht hilft. Die Reichsregierung will Massen sehen und je größer die Masse ist, desto mehr erreicht sie bei ihr. Wohl sind den Rentnern durch die Tätigkeit des Bundes bereits große Steuererleichterungen gewährt worden, die aber bei weitem nicht hinreichen, der Not abzuhelfen. Noch ist viel zu tun, um ihre Lage wirklich zu verbessern. Vor allem sollte ein Hilfsfonds vom Reichstage bewilligt werden, aus dem die kleinen Rentner einen Zuschuß zu ihrem Einkommen erhalten. Soll in Zukunft Wirksames geleistet werden, so muß der Bund durch innere eine Mitglieder noch große Verstärkung erhalten, er muß eine einige, starke Masse und damit eine Macht der Regierung gegenüber werden. Darum ihr Rentner, hinein in den deutschen Rentnerbund! Anmeldungen sind an die vorhandenen Ortsgruppen zu richten. In Westfalen an den Vorsitzenden des Westfälischen Landesverbandes Herrn Otto Blume, Dortmund, Hüttenmannstr. 20. Wo keine Ortsgruppen bestehen, an den Bundesvorstand, Berlin-Friedenau, Isoldestraße Nr. 10. Auch die alten Veteranen von 1870/71 sowie der früheren Kriege vermissen das vaterländische Pflichtgefühl. Die Tage der Erinnerung der für Deutschland so glorreichen Zeit von vor 50 Jahren sind nun bald vorüber, ohne daß für die kleine Zahl dieser noch lebenden Braven, die in Sorge und Not ihr Dasein fristen, etwas Wesentliches getan wurde. Weder die Allgemeinheit noch die Gemeinden, die Staaten und das Reich haben sich bemüht, das vaterländische Pflichtgefühl anzurufen. Hauptsächlich muß die heimatliche Presse dahin wirken, daß das Versäumte noch recht bald nachgeholt wird, damit die Alten nicht in Groll und Unmut von uns scheiden.

Ein Rentner und Veteran,
der den Feldzug von 1870/71 als Freiwilliger beim Westf. Jäger-Batl. Nr. 7 mitgemacht hat.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 27. Mai. **(Sauerländischer Gebirgsverein.)** Auf das Gebirgsfest in Iserlohn wird auch an dieser Stelle hingewiesen. Die Mitglieder, die bereits am Samstag mittag fahren, müssen sich um 11,45 Uhr an der Wohnung des Vorsitzenden, Bahnhofstraße 30, einfinden. Unterkunft in Iserlohn ist sichergestellt. Verpflegung mitnehmen. Die anderen Besucher des Festes versammeln sich Sonntag morgen 5,40 Uhr am Bahnübergang Unnaerstraße. Abfahrt von Kamen 5,51 Uhr mit der Straßenbahn nach Unna. Ab Unna 6,28 Uhr nach Iserlohn über Fröndenberg. Rückfahrt von Iserlohn erfolgt am Sonntag abend 10,06 Uhr ab Westbahnhof. Der Zug fährt direkt Unna, Ankunft hier 11,32 Uhr. Der letzte Straßenbahnwagen wird in Unna den Zug abwarten.

Altkatholische Gemeinde. Bahnhofstr. 13.

Sonntag, den 29. Mai, morgens 10 Uhr: Deutsche heil. Messe mit Predigt. Pfarrer Moog aus Dortmund.

Die Kamener Zeitung
ist täglich sofort nach Drucklegung im Bahnhofsrestaurant zu haben.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute abend 7 Uhr meine unvergeßliche Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ehefrau G. Schäper

Lina geb. Lau

nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 56 Jahren, gestärkt durch den öfteren Empfang der hl. Sterbesakramente zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bittet

Familie Gerh. Schäper.

Kamen, Werne, Evenkamp b. Werne und Bockum b. Hamm, den 26. Mai 1921.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Mai 1921, nachmittags 4½ Uhr vom Trauerhause, Weststr. 16 aus statt.

2522

Als Beisitzer aus dem Kreise der Mieter für das hiesige Mieteinigungsamt ist an Stelle des Herrn Beigeordneten Siegler der Herr Kreisbauführer Peter Becker getreten.

Kamen, den 23. Mai 1921.

2528 **Der Magistrat:** Siegler.

Empfehle mich zur

Anfertigung von Damen- u. Kinderkleidern nebst **Wäsche**

in und außer dem Hause.

Frau Wilh. Mürmann, Nordstraße 17. 2487

Kamener Lichtspiele

— Vornehmste Lichtbildbühne am Platze. —

Spielplan von Freitag bis Montag:

Die mit Spannung erwartete Fortsetzung:

„Das Geheimnis der Gladiatorenwerke"

Abenteuerfilm in 2 Abteilungen von Paul Rosenhayn.

2. Teil. **2. Teil.**

Unter der Maske des Juweliers

Spielleitung u. Hauptdarsteller: **Louis Ralph,** der beliebte Lepain.

— II. —

Der Klub der Toten

Detektiv-Sensations-Roman in 6 spannenden Akten. 2529

— III. —

Der sensationelle Boxkampf

das größte Sportereignis im Zirkus Busch.

Meisterwoche Sport, Mode, Kunst.

An allen Tagen erstklassiges Orchester.

Aenderungen vorbehalten **D. D.**

S. C. V.

Gebirgsfest

in Iserlohn

28. und 29. Mai 1921.

Sammelpunkt Samstag 11⁴⁵ Uhr Bahnhofstr. 36, Sonntag 5⁴⁰ Uhr Bahnübergang Unnaerstraße. h2526

Wohlfahrtstag.

Diejenigen Damen, welche sich bereit erklärt haben, am Wohlfahrtstage Blumen zu verkaufen, werden gebeten, am Sonntag, den 29. 5. 21 morgens um 11 Uhr im Bergheimschen Lokale zu erscheinen. h2530

Grasverkauf.

Montag, den 30. Mai, nachm. 4 Uhr, soll das p2492

sehr gute Gras

in den Wiesen bei der Adener Mühle öffentlich verkauft werden. Anfang an der Mühle.

W. Albert.

Siegellack

in guter Qualität

: : empfiehlt : :

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Husten, Verschleimung

radikale beseitigung durch unsren echten Wörishofener Spitzwegerichsaft.

Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederl. Drogerie H. P. Thiel Kamen (Westf.), Oststr. 21. Hellweg-Drogerie J. Knipping in Ränthe. 163

Schneidergehilfe

sofort gesucht, evtl. außer dem Hause. p2511

Walter Schmidt,

Schneidermeister. Kaiserau bei Kurl, Wasserkurlerstr. 9.

Anstreicher-Gehülfe

sofort gesucht. 2490

Otto Tapperath, Oststraße 15.

Mehrere gut erhaltene

Bettstellen

mit Matratze und

Kleiderschränke

Eimerschrank, Sofa u. Herd preisw. zu verk.

F. Blume, Schillstr. 5.

---

1 Schrute u. 1 Pferdegeschirr

zu verkaufen. h2521

Schillstraße 8.

1896 **1921**

25jähr. Jubelfeier

des M.-G.-V. „Auguste Viktoria" Kamen

Chorleiter: Musiklehrer G. Rumpff

am **28. und 29. Mai 1921** im Schützenhof, W. Reinhard, bestehend in

Instrumental- und Vokal-Konzert

unter Mitwirkung hiesiger und auswärtiger Vereine.

Sonnabend, den 28. Mai: Kommers mit Ehrung der Gründer.

Sonntag, den 29. Mai 1921, 2½ Uhr nachmittags:

—— Abholen des Banners, nachdem Begrüssung der Sänger. ——

Festrede des Beigeordneten Rektor a. D. Herrn Siegler.

Punkt 3 Uhr Begin des Konzerts. Nachdem grosser Festball.

Kinder haben unter keinen Umständen Zutritt.

Eintrittspreise: Ganze Festlichkeit 8.— Mk., Konzert 4.— Mk., Ball 5.— Mk.

Programme mit Text sind an der Kasse zu haben.

Es ladet freundlichst ein 2527

Der Festausschuss. **Der Vorstand.**

Freiw. Feuerwehr, Overberge.

Am **Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 1 Uhr** versammelt sich die Wehr beim Wirt Wwe. Brügmann zur Teilnahme am Verbandstag in Unna. Abmarsch 1,30.

2535 **Der Brandmeister.**

Geschäftsbücher

Tagebücher,
Kassabücher,
Hauptbücher,
Kopierbücher usw.,

in großer Auswahl vorrätig, empfiehlt die

Buchhandlung der Kamener Zeitung
Weststraße 10.

Tipograf(ges. gesch.) ist ein **bewährtes Blutreinigungs-Mittel.**

Viele Tausende Dankschreiben vorhanden.

Dieser Tee ist erfolgreich bei Nerven-, Rheumatismus-, Augenübel, Skrofulösität, Arterienverkalkung, Hartleibigkeit, Tuberkulose, Lähmungen und Schlaganfällen. 6473

Ein Paket Mk. 5.00, Porto extra, bei 6 Paketen und darüber portofrei. Nur echt zu beziehen gegen Nachnahme von:

Thüringer Teefabrik Hermann A. Müller,
Schmiedefeld, Thür., Kreis Schleusingen.

Gasthof zum Amtsgericht

Inh. C. Habermann.

Heute gelangt zum Ausschank:

Pröbstings Friedensbier

Außerdem besonderen geräucherten

Aal und Hummer-Kabeljau

als besondere Spezialität. 2539

Sämtl. Schreibutensilien

Schreib- und Kopiertinte

Stempelfarbe

Tusche

In allen Farben.

Stempelkissen

vorrätig in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.

Die Knappschaft im Jahre 1919.

Der Allgemeine Knappschaftsverein gibt soeben seinen Verwaltungsbericht für das Jahr 1919/20 heraus, der eine Fülle allgemein interessierenden Materials enthält. Die Zahl der aktiven beitragspflichtigen Mitglieder (die Angaben in Klammern bedeuten die entsprechenden Zahlen im Jahre 1917) betrug am Ende des Berichtsjahres 1919: in der Krankenkasse: 415 736 (347 162); in der Pensionskasse 320 009 (249 213); in der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherungskasse: 387 449 (326 411). Die Einnahmen sind im Laufe der beiden letzten Jahre auf weit über das Doppelte gestiegen, sie betragen für die Krankenkasse, Pensionskasse und Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse im Jahre 1917 62 Millionen Mark, im Jahre 1918 78 Mill. Mark und sind im letzten Jahre auf nicht weniger als 142 927 937 Mark emporgeschnellt. Während die Einnahmen um 120 Prozent gestiegen sind, haben die Ausgaben, also die Leistungen der Kassen, sich nur um 30 Prozent vermehrt. Die drei genannten Kassen zahlten nämlich im Jahre 1917 60 Millionen Mark, im Jahre 1918 85 Millionen Mark und im Jahre 1919 95 Mill. Mark. Da ist es natürlich, daß die Knappschaft im letzten Jahre einen ganz enormen Ueberschuß (fast 50 Millionen Mark) gemacht hat. 1917 betrug dieser Ueberschuß 1,2 Millionen Mark, 1918 war allerdings eine Unterbilanz von 5,7 Mill. Mark zu verzeichnen; die Knappschaftsverwaltung hat jedoch „allzu vorsichtig gerechnet", wenn sie aus diesem Minus des Vorjahres jetzt ein Plus von 49,7 Millionen Mark herauswirtschaftete. Auch das Vermögen des Vereins, das bislang schon eine sehr ansehnliche Höhe erreicht hatte, ist weiterhin beträchtlich gestiegen; es betrug im Jahre 1917 342,9 Millionen Mark, 1918 340,7 Millionen Mark und ist jetzt auf 382,5 Millionen Mark gestiegen.

In dem Bericht des Vorstandes heißt es u. a.: Am 11. September 1919 wurden die Teuerungszulagen für die Invaliden, Witwen und Waisen verdoppelt und die für deren Bewilligung maßgebende Einkommensgrenze auf 120 Mark für die Invaliden und 70 Mark für die Witwen erhöht. Außerdem erhielten die Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vom 1. Oktober 1919 ab erhöhte Zulagen, und zwar die Empfänger von reichsgesetzlichen Invaliden- und Altersrenten 20 Mark monatlich und die Empfänger von reichsgesetzlichen Witwenrenten 10 Mark monatlich. Das Jahr 1920 brachte weitere Erhöhungen der Teuerungszulagen. In den Anstalten des Knappschaftsvereins wurden im Jahre 1919 12 729 Mitglieder an insgesamt 422 113 Pflegetagen behandelt. Die Zahl der in 117 fremden Krankenhäusern verpflegten Mitglieder beläuft sich auf 44 816 Versicherte mit 1 402 454 Pflegetagen. Die fer Ausbruch des Krieges verflossenen Jahre waren gekennzeichnet durch die außerordentliche Inanspruchnahme der Krankenhäuser und durch den unverkennbaren Mangel an großen und gut eingerichteten Heilanstalten. In den vorhandenen modernen Krankenhäusern überstieg der Andrang der Kranken und Verletzten dauernd die Aufnahmefähigkeit trotz äußerster Ausnutzung der verfügbaren Räume. Der Knappschaftsverein trug die Mehrkosten für die Pflege und Behandlung verwundeter und erkrankter Krieger in seinen Anstalten in Höhe von 1 584 916,46 Mark. Zu Beginn des Jahres 1919 waren 489 Aeltestensprengel und 459 Knappschaftsälteste vorhanden. Die Zahl der Sprengel betrug wie zu Begum des Jahres 489. Die Zahl der Aeltesten einschließlich der ernannten Verwalter hatte sich am Jahresschlusse um 17 Aelteste verringert. Sie bezifferte sich auf 434 Aelteste und 8 ernannte Verwalter. Das Personal der Hauptverwaltung bestand aus 1188 Angestellten. Man erhält ein Bild von der zu bewältigenden Arbeit, wenn man hört, daß die Gesamtzahl der Eingänge von 2 196 925 im Jahre 1918 auf 2 481 258 im Jahre 1919 gestiegen ist oder durchschnittlich für den Arbeitstag von 7322 auf 8271. Am Schlusse des Jahres 1919 dienten zur Auszahlung der Invaliden-, Witwengelder und Waisenunterstützungen 237 Zahlstellen, die den Zwergbüros in Bochum, Dortmund, Essen, Gelsenkrchen, Herne, Oberhausen und den Zahlbezirksbüros in Borbeck, Bottrop, Buer, Castrop, Dinslaken, Gladbeck, Hamborn, Hamm, Hattingen, Hörde, Kamen, Lünen, Lütgendortmund, Recklinghausen und Steele angegliedert sind. Die Zahr der Knappschafts-Fachärzte betrug am Jahresschlusse 117, davon waren 34 Augen- 26 Ohren-, 44 Zahnärzte, 9 Aerzte für Haut- und Geschlechtskrankheiten, 1 Facharzt für Erkrankungen der Harnorgane, 3 Fachärzte für innere und Nervenkrankheiten.

Briefkasten.

F. T. 99 in **Kamen.** Das uneheliche Kind hat dem Vater gegenüber kein Erbrecht. Erben sind die Ehefrau und die Eltern des Verstorbenen, doch haben die Erben die Verpflichtung, sofern sie nicht etwa der Erbschaft entsagen, dem Kinde den Unterhalt zu gewähren, zu dem der Vater des Kindes seiner Zeit vom Gericht verurteilt worden ist. 2. Auch das uneheliche Kind hat Anspruch auf Rente, wenn sein Vater infolge eines Unfalles ums Leben kommt. Der Anspruch ist bei der zuständigen Berufsgenossenschaft geltend zu machen.

H. K. 100 in **Methler.** Das Gericht ist in der Lage, auch die einem Angeschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen. Dies geschieht gewöhnlich nur dann, wenn durch die Verhandlung die Unschuld des Angeklagten zutage gefördert worden ist. Maßgebend ist aber das Urteil, ohne dessen Kenntnis sich Ihre Frage nicht beantworten läßt.

J. H. 200 in **Kamen.** Die von Ihnen erhobenen Einwendungen werden Ihnen sehr wenig nützen. Sie sind als Sohn Ihrer Mutter gegenüber unterhaltspflichtig, werden also damit zu rechnen haben, daß Sie, wenn es zur Klage kommt, zur Zahlung eines Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Beitrages zum Unterhalt der alten Frau verurteilt werden. Wir raten zu einer Einigung in Güte, damit die Klage und damit die Gerichtskosten erspart bleiben. Wenn die Mutter auf Drängen der Tochter den Haushalt aufgelöst und zu dieser gezogen ist, so kann ihr das niemand verwehren. Die Mutter ist selbständig in ihren Entschlüssen.

T. B. in **Methler.** Das Armenrecht kann dem Kläger wie dem Beklagten bewilligt werden. Ihre Mittellosigkeit ist durch ein Armenattest nachzuweisen, das bei Ihrer Gemeinde zu beantragen ist. Erhalten Sie das Attest, dann beantragen Sie beim Amtsgericht Armenrecht und Vertretung durch einen Rechtsanwalt. Wird Ihrem Antrage stattgegeben, so teilt Ihnen das Gericht den Namen des Anwaltes mit, dem Sie dann die nötigen Angaben für die Klage machen müssen.